



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Ostwestfalens Leistungsentfaltung und Wiederbegründung seiner Universität in Paderborn

Hamann, Heinz

[Paderborn], 1965

Krisenursachen im Landbau, Sozialökonomische Grundgleichung

urn:nbn:de:hbz:466:1-8148

fortgesetzt wird. Solange dieses Ringen der Weltmächte um die Beherrschung der wichtigsten Räume der Welt fortgesetzt und ohne Rücksicht auf die wachsende Zahl hungernder Menschen fortgefahren wird, Vernichtungswaffen zu erzeugen, anstatt daß alle verfügbaren Kräfte auf die Lösung des Weltbedarfsproblems zielbewußt abgestellt werden, ist eine kostendeckende Preislage für Agrarerzeugnisse am Weltmarkt nicht zu erwarten. Von vielen weiteren Faktoren abgesehen, die an sich diesen Zusammenhang betreffen, müssen wir uns in der Bundesrepublik eindeutig darüber klar werden, daß bei einer Normalisierung der Weltwirtschaftsverhältnisse auch eine Wandlung im Verhalten der überseeischen Agrarstaaten zu erwarten ist, die noch immer darauf angewiesen sind, durch Pflege ihrer Monokulturen krampfhaft Devisen der Industriestaaten zu beschaffen, um wichtigsten Eigenbedarf der Länder befriedigen zu können.

Sobald nämlich z.B. die afrikanischen Staaten, die mit der Produktion von Ölfrüchten und deren Abgabe an unsere Ölmühlenindustrie, die weitgehendst konzerngebunden tätig ist, einerseits Rohstoffe für die Margarine liefern und andererseits im Abfallprodukt der Ölfrüchte hochwertige eiweißhaltige Futtermittel für die deutsche Milchviehhaltung zur Verfügung stellen in eine Normalwirtschaftslage kommen, in der sie kostendeckende Preise fordern und darauf achten können, daß sie nicht ungestraft die Fruchtbarkeit ihrer Böden ausnutzen dürfen, müssen wir in der Bundesrepublik damit rechnen, daß die gesamte ernährungswirtschaftliche Kalkulation von heute hinfällig wird. Die Dynamik, welche überall im Wirtschaftsprozeß festzustellen ist, wird dafür sorgen, daß auch in den Industriestaaten die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Um die Aufzeigung der Krisenursachen im Landbau wissenschaftlich einwandfrei durchführen zu können, bedienen wir uns der sozialökonomischen Grundgleichung.

In dieser Gleichung verwenden wir, um unabhängig von Kaufkraftschwankungen der Währung einschlägige Vergleiche durchführen zu können, nur Naturalwerte. Wir bedienen uns als Einheit des für derartige Berechnungen seit gut 20 Jahren gebräuchlichen Einheitsmaßes. Wir drücken also E , das durchschnittliche Volkseinkommen je Kopf der Bevölkerung, und y , die Anzahl der je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche insgesamt jährlich produzierten Doppelzentner Getreideeinheiten, gemeinsam in $Dz. GE$ - Getreideeinheiten aus. Bezeichnen wir sodann mit x den prozentualen Anteil, den der Sachaufwand in der Landwirtschaft einschließlich der Abschreibungen von der Gesamtproduktion einnimmt, und mit z die Zahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung, die auf jeweils 100 ha landwirtschaftliche Nutzfläche das durchschnittliche Volkseinkommen je

Kopf der Bevölkerung erzielen kann, so besteht folgende einfache Gleichung, deren wesentlichen Bestandteil wir bereits 1955 veröffentlicht haben ⁶⁾.

$$y \cdot (100 - x) = z \cdot E$$

Ohne weiteres läßt sich diese Gleichung umformen und nach z hin auflösen, so daß folgende Form entsteht:

$$z = \frac{y}{E} \cdot (100 - x)$$

Aus dieser Gleichung ist ersichtlich:

z, die Zahl der auf 100 ha l.Nfl. mit \emptyset Volkseinkommen existenzfähigen landwirtschaftlichen Bevölkerungsmglieder hängt also unmittelbar vom Sachaufwand (x) und dem Quotienten $\frac{y}{E}$ ab.

Aus der Tatsache, daß im Zuge der modernen Entwicklung industriestaatlicher Volkswirtschaft die landwirtschaftliche Mechanisierung unaufhaltbar geworden ist und weiterhin wachsende Tendenz zeigt, folgt daß z, also die landwirtschaftliche Bevölkerungszahl, im gleichen Verhältnis abnehmen muß wie der Sachaufwandsanteil an der Gesamtproduktion wächst.

Nur in dem Falle, daß der Quotient $\frac{y}{E}$, d.h. das Verhältnis von Produktionsleistung je ha Nutzfläche zu durchschnittlichen Volkseinkommen je Kopf der Bevölkerung, größer als 1 ist oder wird, vermag von Seiten dieses Quotienten der von einem x-Wachstum ausgehenden verkleinernden Wirkung auf z ein gewisser Einfluß ausgeschaltet werden. Da aber seit 1820, seit dem Beginn unserer Untersuchungen dieser Frage, zwar y und E laufend gewachsen, E aber im Wachstum durchschnittlich schneller vorangekommen ist als es möglich war, die agrare Produktionsleistung zu heben, ist seit dem genannten Termin dieser wichtige Quotient immer kleiner als 1 gewesen. Im Bundesdurchschnitt repräsentiert der Quotient z.Zt. einen realen Wert von 1 : 2,5.

Bei realistischer Berechnung von x, bei der wir die Buchführungsergebnisse zu Grunde legen, welche im grünen Bericht veröffentlicht worden sind, läßt sich z unter Heranziehung der Zahlenwerte für x, y und E nach dem Stande von 1962 - 1963 wie folgt ermitteln:

$$z = \frac{1}{2,5} \cdot (100 - 60) = \frac{40}{2,5} = 16$$

Im Bundesgebiet konnten also demnach je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche im Jahre 1963 16 landwirtschaftliche Berufszugehörige (Erwerbspersonen + Familienangehörige) ein durchschnittliches Volkseinkommen erzielen. Bedenken wir in dem Zusammenhang, daß nach den statistischen Unterlagen 1963 mindestens 32 landwirtschaftliche Berufszugehörige je 100 ha Nutzfläche im Bundesgebiet vorhanden waren, so erkennen wir die gewaltige Diskrepanz zwischen Volkseinkommenslage der landwirtschaftlichen Bevölkerung und dem Wunschbild, das einer paritätischen Einkommensverteilung entsprechen könnte.

Für Ostwestfalen kann obige Berechnung für z nur als Leitbild dienen. Die Abweichungen von den durchschnittlichen Ertragsverhältnissen des Bundesgebietes bedingen es, daß vor allem im Zentral- und Südraum, also dort, wo wir die höchsten Geburtenüberschüsse gefunden haben, mit Sicherheit nicht 16 sondern im Höchsthalle 10 landwirtschaftliche Berufszugehörige auf 100 ha Nutzfläche das durchschnittliche Volkseinkommen im Untersuchungszeitraum erzielt haben.

Es kann also keinem Zweifel unterliegen, daß ganz erhebliche wirtschaftspolitische und wirtschaftsstrukturverbessernde Landesmaßnahmen unentbehrlich sind, wenn die ostwestfälische Landbevölkerung in eine sozialpolitisch befriedigende Existenzlage ohne Untergrabung ihrer bestehenden Bodenverbindung gebracht werden soll.

Ein weiteres Aufschieben in der Bereinigung dieses agrarsozialen Raumproblems verbietet sich angesichts der nach wie vor bestehenden Tendenzen, die auch in der "Sozialen Marktwirtschaft" keine Abschwächung erfahren können, weil sie grundsätzlich dazu beitragen, daß die breite Masse der Bevölkerung sich im Gebrauch ihres wachsenden Einkommens völlig frei zu verhalten vermag. Vergewegenwärtigen wir uns nämlich, daß z.Zt. vom durchschnittlichen Volkseinkommen je Kopf und Zahl im Bundesdurchschnitt 24 % für die Beschaffung von Nahrungsmitteln aufgewendet werden, daß durchaus keine Neigung besteht, einen höheren Einkommensanteil für Ernährungskosten aufzuwenden, so vermag im agraren Bereich eine Abschwächung der erkannten Krisensituation nur durch eine Steigerung der Produktionsleistung je ha (y) oder eine Verringerung der Preisspanne zwischen Erzeugerhof und Verbraucher- küche angesteuert zu werden.

Was die ha-Produktionsleistung angeht, so ist der erreichte Stand nachhaltig und ohne Vergrößerung der Gefahr wachsender Ertragschwankungen so lange kaum noch wesentlich im Bundesdurchschnitt anzuheben, als nicht eine Vermehrung des je ha Nutzfläche vorhandenen Besatzes an Großvieheinheiten, die zukünftige Bodenversorgung mit Humustrockenmasse verstärkt. Ohne Steigerung der Humusversorgung ist auf die Dauer eine wirtschaftliche Erhöhung der Bodenleistungen je ha Nutzfläche nach den eindeutigen Untersuchungsergebnissen 7) nicht zu erwarten. Um in der Viehbesatzfrage weiter zu kommen, was an und für sich durchaus mit den Bestrebungen zur Vergrößerung der Veredelungswirtschaft parallel geht, bedarf es der Deckung eines nicht unbeträchtlichen Kapitalbedarfs. Denn es kommt ja nicht nur darauf an, die Zahl der Großvieheinheiten zu vermehren, sondern es ist auch ebenso wichtig, die Unterbringungsmöglichkeiten und Betreuungsarbeiten für einen zu vergrößernden Viehbestand so arbeitswirtschaftlich rationell einzurichten, daß vermehrte Leistung ohne Vermehrung der Arbeitskräftezahl erreicht werden kann, weil sonst kein Nutzeffekt möglich erscheint.

Zur Frage der Preisspanne können wir auch auf unsere diesbezüglichen Voruntersuchungen hinweisen. Die theoretische Grundlage für die Ermittlung der Preisspanne und ihre laufende Beobachtung haben wir 1955 veröffentlicht. Indem wir uns auf die vorgelegte Ableitung der einschlägigen mathematischen Formeln beziehen, und bei den reellen Werten ausgehen von den dazu veröffentlichten Zahlen im grünen Bericht, ist zu konstatieren:

Gegenwärtig können die städtischen Verbraucher im Durchschnitt des Bundesgebietes die Nahrungsgrundstoffe, für die die Landwirte ab Hof 100 DM erzielen, in der Stadt für ca. 185 DM erstehen.

Gegenüber dieser derzeitigen Preisspanne von 85 % bezogen auf die bäuerlichen Erzeugerpreise, die für das Bundesgebiet festgestellt worden ist, müssen wir in Ostwestfalen mit einer wesentlich höheren Preisspanne rechnen, die bei ca. 100 bis 115 % liegen dürfte, weil bei den bestehenden "marktfern" zu kennzeichnenden Marktverhältnissen und nun einmal nicht wegzudiskutierenden Dorflagen in weiter Streuung innerhalb eines landschaftlich schönen aber verkehrsmäßig relativ wenig erschlossenen Raumes die Erzeuger von Agrarprodukten, vor allem von Fleisch, bisher allzu wenig von der Einkommensprogression der Bevölkerung verspüren konnten.

Diese Situation im marktfernsten Winkel von Nordrhein-Westfalen, die insgesamt fast 88.000 landwirtschaftliche Stellen, Höfchen, Höfe und Unternehmen betrifft, erklärt sich aus der Tatsache, daß die Bundesrepublik nicht eine "Soziale Marktwirtschaft" an sich praktiziert, sondern eine weitgehend weltmarktoffene "Soziale Marktwirtschaft".

7) Vergl. Hamann, H.: Biologie und Bodenpolitik in Gemeinschaft und Politik 1954 (Bad Godesberg)

Was dieser Systemunterschied zu bedeuten hat, geht aus der Feststellung hervor, daß die sogenannten Marktgesetze, wie sie in der theoretischen Lehre für die geschlossenen Volkswirtschaften aufgestellt worden sind für die bundesdeutsche Landwirtschaft nicht wirksam geworden sind. Mit dieser Feststellung, die wir bewußt hier einfügen, wird endlich einmal festgehalten, wie weit allzu oft Theorie und Praxis auch im Schrifttum divergieren.

Es kann nicht erwartet werden, daß an den bestehenden wirtschaftspolitischen Konzeptionen und Marktverhältnissen auf höchster Ebene eine Wandlung erreicht wird. Was aber mit Fug und Absicht hier festgehalten werden soll und berechtigt festgehalten werden muß, wenn diese Analyse eine objektive Darstellung geben soll, das ist der W e g, der trotz aller gegenteiligen Auffassungen sich abzeichnet und beschritten werden kann, ja unvermeidlich ist, wenn eine organische Bereinigung der Ostwestfalenprobleme wirklich gewollt wird.

Gehen wir nämlich der Frage der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen auf den Grund, so zeigt sich, daß weibliche Kräfte in stärkstem Maße überwiegen, ein sehr hoher Anteil von Arbeit im Hof auf den Schultern der Frauen und Kinder ruht. Die Frage der

Erwerbstätigkeit der Frau

darf in diesem Zusammenhang nicht unerörtert geschweige denn unerwähnt bleiben. Zweifellos gibt es einflußreiche Kreise, die der Auffassung zuneigen, daß frauliche Erwerbstätigkeit außerhalb des engeren Familienbereichs aus einer Vielzahl von Gründen zu beanstanden und tunlichst aus der Welt zu schaffen sei. Niemand, der diesen Dingen einmal mit sachlicher Überlegung und eingehender Überprüfung aller einschlägigen auch biologischen Fragen nachgegangen ist, kann die grundsätzliche Richtigkeit jener Thesen bestreiten, die einer fraulichen Betätigung außerhalb der Familie entgegenstehen. Gleichwohl ist in diesem Zusammenhang zu beachten, daß bei dem bestehenden Frauenüberschuß, der bekannten Arbeitskräftelage und den Wandlungsprozessen in der Volkswirtschaft, welche auf eine zunehmende Beschäftigung von Frauen abzielen, es nicht mehr möglich ist, generell eine Berufstätigkeit weiblicher Personen aus familienpolitischen Gründen abzulehnen. Überblicken wir, um auch in dieser Frage zu grundsätzlicher Klarheit zu kommen, wie es zur fraulichen Erwerbstätigkeit gekommen ist, so bietet sich ein